

schweiz

«Wir haben bereits zu viele Diskussionen»

Das «Forum für einen fortschrittlichen Islam» eckt mit provokativen Thesen an

BEAT STAUFFER

Fortschrittliche Muslime nehmen in einem Positionspapier Stellung zu heiklen Fragen wie Zwangsehe, Kopftuch und Homosexualität. Die etablierten islamischen Vereine reagieren skeptisch bis ablehnend.

Ende letzten Jahres gründeten Schweizer Musliminnen und Muslime das «Forum für einen fortschrittlichen Islam» (FFI). Über den Verein wollten sie eine öffentliche Debatte über Fragen rund um den Islam auslösen, gleichzeitig aber auch eine kritische innermuslimische Debatte fördern. Nun hat das FFI ein Grundsatzpapier erarbeitet, in dem die fortschrittlichen Muslime die eigene Position in umstrittenen oder tabuisierten Fragen festhält.

Zündstoff. Das Papier enthält Zündstoff. So sollten Lehrerinnen an Schweizer Schulen kein Kopftuch tragen, da dies «neutralitätsgefährdend» wirken könne. Die Vorbeter in den Moscheen sollten - so eine weitere These - Deutsch sprechen und den Islam «offen» und «zeitgemäss» lehren; um dies zu erreichen, möchte das FFI die Imame zu einer Zusatzausbildung in der Schweiz verpflichten, beispielsweise in Form eines religionspädagogischen Lehrgangs. Ferner fordert das FFI, Schwulen und Lesben sollten in ihrer Lebensweise anerkannt werden.

Das Positionspapier enthält auch Forderungen, die in einer Schweizer Öffentlichkeit längst als Selbstverständlichkeit gelten. Ehen dürften nur geschlossen werden, wenn die «Einwilligung beider Ehepartner» vorliege. Mädchen sollten gleiche Bildungschancen erhalten wie Buben. Und: Frauen müsse das «uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung» zugebilligt werden.

Grundrechte zählen. Das FFI will in den angesprochenen Lebensbereichen «fortschrittliche» Positionen definieren. Die Autoren des Thesenpapiers berufen sich auf eine «zeitgemässe Neuinterpretation islamischer Quellen», aber auch auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO sowie auf die schweizerische Bundesverfassung.

Geraten die religiösen Quellen mit den Grundrechten in Konflikt, so gibt das FFI Letzteren klar den Vorrang. Dies ist etwa der Fall bei der Eheschliessung zwischen einer muslimischen Frau und einem nicht-muslimischen Mann, die gemäss islamischer Tradition verboten wäre. Solche Mischehen, fordert FFI-Präsidentin Saida Keller-Messahli, sollten auch von Muslimen akzeptiert werden.

Die FFI-Thesen sprechen teilweise Tabubereiche an, über die bis anhin kaum ein Dialog geführt wurde. Da dabei oft patriarchalische Traditionen und Einstellungen mit religiösen Geboten vermengt würden, sagt Saida Keller-Messahli, sei es sehr schwierig, über diese Themen zu diskutieren.

Skepsis und Ablehnung. Vertreter der in der Schweiz lebenden Muslime begegnen dem FFI-Papier mit Skepsis oder offener Ablehnung. Fatih Dursun, Mitglied der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, will das Papier zwar noch nicht im Einzelnen kommentieren. Aber er meldet doch schon einen generellen Vorbehalt an: Bei der Forderung des FFI, die islamischen Quellen zeitgemäss zu interpretieren, stelle sich die Frage, wer befähigt sei, dies zu tun. «Wir haben bereits allzu viele Diskussionen», findet Dursun, «welche durch unqualifizierte Personen auf unsachliche Weise geführt werden.»

Sakib Halilovic, Imam der bosnischen Muslime in der Agglomeration Zürich, stört sich schon am Begriff «fortschrittlicher Islam», den das FFI für sich reklamiert. Im Positionspapier würden «Dinge vermischt», die nichts miteinander zu tun hätten, sagt der Geistliche. «Das ist keine ernsthafte Initiative», es lohne sich deshalb auch nicht, sich näher damit zu beschäftigen. Die bosnischen Muslime fühlten sich auf jeden Fall vom FFI überhaupt nicht vertreten - das Forum vertrete eigentlich gar niemanden, behauptet Halilovic.

Grosse Skepsis spricht auch aus der Einschätzung von Serhad Karatekin, dem Präsidenten der Schweizerischen Islamischen Jugendvereinigung Basel. Der 25-jährige Schweizer hat im FFI-Papier «extrem viele falsche Informationen, die nichts mit dem Islam zu tun hat», gefunden. Er habe generell den Eindruck, die Initianten des FFI wollten eine «Reform durchführen», ja sie wollten «Gotteswort zu Menschenwort machen».

Fragezeichen. Wohlwollender äussert sich zu dem Thesenpapier Ismail Amin, Präsident der Vereinigung Islamische Organisationen Zürich (VIOZ). Im Grossen und Ganzen könne er sich mit den Forderungen einverstanden erklären, sagt Amin gegenüber der baz. Anliegen wie die Ausbildung von Imamen in der Schweiz würden von der VIOZ seit Langem unterstützt, und in der Frage des Kopftuchs vertrete die VIOZ wie das FFI ein Selbstbestimmungsrecht der Frauen. In anderen Punkten äussert Amin Kritik: Die Zwangsehe habe mit dem Islam «nicht das Geringste zu tun» und zur Forderung, Homosexualität auch aus muslimischer Sicht zu akzeptieren, setzt Amin Fragezeichen.

Sieben Thesen für einen zeitgemässen Islam: Ein Denkanstoss

Provokativ: Das Positionspapier des Forums für einen Fortschrittlichen Islam (FFI) formuliert sieben Thesen, die wir in gekürzter Form wiedergeben:

Zwangsehe: Eine Ehe von MuslimInnen darf erst ab dem Mündigkeitsalter 18 zulässig sein und bedarf der Einwilligung beider Ehepartner.

Kopftuch: Das Kopftuch soll in jenen Bereichen nicht getragen werden, wo es neutralitätsgefährdend wirken könnte, insbesondere von Lehrerinnen an Schulen.

Gleichwertige Erziehung: Das FFI fordert eine gleichberechtigte Erziehung von Mädchen und Jungen, in der von gleichen Bildungschancen ausgegangen wird.

Imame und Moscheen: Muslimische Vorbeter, Imame genannt, die in der Schweiz Gebete in einer Moschee leiten, müssen die geltende Rechtsordnung und die gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes kennen, dessen Sprache sprechen und in der Lage sein, den Islam offen, zeitgemäss und unter Berücksichtigung des kulturellen Umfeldes zu repräsentieren und zu vermitteln.

Mischehe: Gemäss islamischer Tradition ist es muslimischen Frauen verboten, nichtmuslimische Männer zu heiraten. Ziel des FFI ist es, dass eine interkonfessionelle Verbindung zwischen einer Muslimin und einem Nicht-Muslim von Muslimen akzeptiert wird.

Frauen: Die gesellschaftliche und berufliche Entfaltung von Frauen wird «im Namen des Islam» verhindert. Daher fordert das FFI das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung.

Homosexualität: Das FFI vertritt die Haltung, dass die Homosexualität aus Menschenrechtsgründen auch von MuslimInnen anzuerkennen und vor Diskriminierung zu schützen ist. Jeder hat das Recht auf eigene Wahl des partnerschaftlichen Zusammenlebens.

Gegensätze. Islamisches Festival 2001 in den Freiburger Alpen. Foto Key